



PRESSEINFORMATION xy/2020

Ein Drittel der Ausbildungsbetriebe ist gezwungen, Ausbildung ganz oder teilweise auszusetzen

BWIKK appelliert: Jetzt dringend Anreize für Ausbildung schaffen!

Stuttgart, 3. Juni 2020 – Rund ein Drittel der Ausbildungsbetriebe wird gar nicht mehr oder weniger ausbilden als im Vorjahr. Das hat eine aktuelle Befragung des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIKK) bei 3.344 Ausbildungsbetrieben im Land ergeben. Hochgerechnet auf die aktuelle Gesamtzahl der ausbildenden Betriebe in Baden-Württemberg von annähernd 26.000 könnten fast 8.600 Unternehmen gezwungen sein, coronabedingt ihr Ausbildungsengagement ganz oder teilweise aufgeben zu müssen. Laut diesem Stimmungsbild sind vom Rückgang stärker die kaufmännischen Berufe betroffen. In diesem Bereich geben 36 Prozent der teilnehmenden Betriebe an, gar nicht mehr oder weniger ausbilden zu wollen.

Weniger neue Ausbildungsverträge

Der Rückgang in der Ausbildung zeigt sich laut BWIKK auch an der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Land. Demnach sind zum 31. Mai 2020 mit 19.256 rund ein Fünftel weniger neu abgeschlossene Ausbildungsverträge bei den IHKs eingetragen als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. In der Region Stuttgart, als wirtschaftlicher Kernregion des Landes, beträgt das Minus sogar fast ein Viertel.

„Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie kommen nun mit voller Wucht auch am Ausbildungsmarkt an. Das sorgt nicht nur für Verunsicherung bei den jungen Menschen, die sich gerade in Ausbildung befinden und für die Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die in diesem Jahr mit einer dualen Berufsausbildung in ihr Berufsleben starten wollen. Es ist auch für viele Betriebe eine schwierige Situation. Sie haben aktuell mit Liquiditätsengpässen und Umsatzrückgängen zu kämpfen und müssen doch an morgen denken und jetzt die Weichen richtig stellen“, sagt Marjoke Breuning, Präsidentin der IHK Region Stuttgart, der beim BWIKK für Ausbildungsthemen zuständigen Kammer. Sie warnt: „Alle diejenigen, die heute nicht ausgebildet werden, fehlen in den Betrieben als qualifizierte Fachkräfte, wenn sich die Wirtschaft wieder erholt.“

Anreize für Ausbildung schaffen

Daher appellieren Marjoke Breuning und Wolfgang Grenke, Präsident des BWIHK, an die Politik, jetzt die richtigen Signale zu setzen und Anreize für die Ausbildung zu schaffen. „Was wir jetzt brauchen, sind die richtigen Instrumente, um auch unter diesen erschwerten Bedingungen, Ausbildung für die Betrieb attraktiv zu machen“, so Grenke. Als eine der wichtigsten Maßnahmen schlägt der BWIHK daher vor, dass das Land die Hälfte der Ausbildungsvergütung derjenigen Azubis übernimmt, die im Herbst starten.

Weniger Azubis in Kurzarbeit als befürchtet

Ein positives Ergebnis der Befragung ist, dass bestehende Ausbildungsverhältnisse offenbar eher weniger gefährdet sind, als zunächst befürchtet. Dies zeigt sich bei der Kurzarbeit. Hier bestätigen 80 Prozent der Befragten, dass ihre Auszubildenden derzeit nicht von Kurzarbeit betroffen sind. Dennoch sehen sich 12 Prozent aktuell betroffen, 8 Prozent werden noch in diesem Ausbildungsjahr ihre Auszubildenden in Kurzarbeit schicken. „Wir wissen noch nicht, wie sich die Geschäftslage der Betriebe entwickelt. Auch weiterhin sind viele Betriebe noch von Kurzarbeit bedroht“, sagt Breuning. Deshalb erwartet der BWIHK von der Landesregierung, dass Betriebe, die ihre Azubis in Kurzarbeit schicken müssen, von der Ausbildungsvergütung in den ersten sechs Wochen der Kurzarbeit entlastet werden. 732 der teilnehmenden Unternehmen hatten sich bei der Befragung für den sofortigen Anspruch auf Kurzarbeitergeld für Auszubildende ausgesprochen. Aktuell zwingt das Berufsbildungsgesetz Arbeitgeber dazu, in den ersten sechs Wochen die volle Ausbildungsvergütung zu zahlen, wenn Auszubildende unverschuldet ihrer Tätigkeit im Betrieb nicht nachkommen können.

Freizeit-, Tourismus- und Gastgewerb

Besonders krass ist die Situation in den Branchen Freizeit, Tourismus und Gastgewerbe. Hier werden laut Stimmungsbild 23 Prozent der befragten Betriebe vorläufig gar nicht mehr ausbilden, 27 Prozent werden ihr Ausbildungsengagement verringern. 17 Prozent der befragten wollen die Zahl der Ausbildungsplätze aufstocken, 32 Prozent wollen sie auf gleichem Niveau halten.

Einzelhandel

Etwas besser ist die Lage im Einzelhandel. Hier gibt ein Fünftel der Befragten an, gar nicht mehr ausbilden zu wollen, 22 Prozent reduzieren die Zahl der Ausbildungsplätze, 41 Prozent wollen auf gleichem Niveau bleiben, 17 Prozent ausbauen.

Investitionsgüterindustrie

In der Investitionsgüterindustrie wollen 17 Prozent der befragten Betriebe gar nicht mehr ausbilden, 26 Prozent wollen reduzieren, 42 Prozent die Zahl ihrer Lehrstellenangebote beibehalten und 15 Prozent wollen mehr Lehrstellen anbieten.

IHK unterstützt bei Ausbildung und Vermittlung

Gerade in der jetzigen Situation sind die IHKs für ihre Mitgliedsbetriebe da und unterstützen bei Ausbildung und Vermittlung, betonen Breuning und Grenke. Alle Kammern in Baden-Württemberg haben Ausbildungshotlines geschaltet und die Abschlussprüfungen aufgenommen – wenn auch unter erschwerten Bedingungen. Eine neue Übersicht zu digitalen Formaten für die Ausbildungsvermittlung ist soeben erschienen und auf www.bw.ihk.de abrufbar.

Ausbildung – jetzt erst recht!

Breuning und Grenke appellieren an die Betriebe, jetzt erst recht auszubilden. „Die Wirtschaft wird sich wieder erholen und Fachkräfte werden gesucht sein. Dann sind diejenigen im Vorteil, die sich jetzt für Ausbildung entschieden haben“, sagt der BWIHK-Präsident.

Ansprechpartnerin für die Redaktionen:

Anke Seifert
Telefon: 0711 2005-1322
E-Mail: anke.seifert@stuttgart.ihk.de

Weitere Presseinformationen finden Sie unter

<http://www.bw.ihk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen>

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.

Ausblick und Perspektiven

Wie wird sich Ihr Ausbildungsplatzangebot 2020/2021 im Zusammenhang mit der Corona-Krise voraussichtlich entwickeln?

